

Osterappell zur Seenotrettung 2026

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2026 ist laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mit rund 660 dokumentierten Todes- und Vermisstenfällen im Mittelmeer die höchste Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2014 zu verzeichnen. Im Schnitt sterben dieses Jahr somit zehn Menschen pro Tag auf der Flucht über das Mittelmeer. Hunderte weitere Menschen werden vermisst. Das Mittelmeer an Europas Grenze hält damit seit einem Jahrzehnt den erschütternden Rekord als eine der tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Wir sind darin vereint, dass wir diese dauerhafte politisch verursachte Krise beenden wollen und streben gemeinsam an, dass das Sterben an unserer EU-Außengrenze beendet wird, sodass die Menschenrechte, gerade auch für Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer, gewahrt werden.

Am 12. April 2019, vor 7 Jahren, bekannten sich zahlreiche Abgeordnete aller demokratischen Fraktionen in einem Osterappell für die Pflicht zur Seenotrettung und gegen das Sterben auf dem Mittelmeer. Die menschenrechtliche Krise auf der Fluchtroute im zentralen Mittelmeer, die in den letzten zehn Jahren sechs Tote pro Tag gefordert hat, hält jedoch weiter an. Deswegen fordern wir heute als Abgeordnete des Deutschen Bundestages die Bundesregierung abermals auf, sich für den Schutz und die Rettung von Menschenleben im Mittelmeer sowie für die Einhaltung des internationalen Seerechts einzusetzen.

Es ist nicht allein eine humanitäre Pflicht, sondern fest im internationalen Seerecht verankert, dass alle Menschen, die sich in Seenot befinden, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, ihrer Nationalität, ihrem Geschlecht oder ihrem Alter gerettet und an einem sicheren Ort an Land gebracht werden.

Die fortwährende humanitäre Krise im Zentralen Mittelmeer zeigt, dass die aktuellen Rettungskapazitäten nicht ausreichen. Küstenstaaten wie Malta und Italien kommen ihrer Pflicht, Seenotfälle zu koordinieren, nicht nach und zivile Rettungsschiffe werden systematisch behindert. Mit Blick auf internationales Recht und die humanitären Grundsätze der Europäischen Union ist das inakzeptabel. Als Unterzeichnende dieses Appells bekennen wir uns zur Pflicht zur Seenotrettung und zur Pflicht der Küstenstaaten, einen sicheren Ort für aus Seenot gerettete Personen zu koordinieren, an dem die Menschen an Land gehen und Asyl beantragen können.

Seit Oktober 2022 wurden in Italien Rettungsschiffe 40-mal unter dem sogenannten Piantadosi-Gesetz für insgesamt 1.305 Tage festgesetzt. Alle endgültigen Gerichtsentscheidungen beurteilen die Festsetzungen als rechtswidrig. Zudem werden Rettungsschiffe systematisch in weit entfernte Häfen im Norden Italiens geschickt, um Gerettete an Land zu bringen. Dadurch wird die dringend notwendige Präsenz im Rettungsgebiet verhindert und das Recht der Überlebenden, am nächstgelegenen sicheren Ort an Land zu gehen, verletzt. Aktuell plant die italienische Regierung eine neue Seeblockade, die Rettungsschiffe bei ihrer lebensrettenden Arbeit zusätzlich behindern könnte.

Auch ist humanitäre Hilfe auf See von Kriminalisierung bedroht: Die neue EU-Schleuserrichtlinie riskiert, dass Seenotrettung EU-weit strafrechtlich verfolgt werden könnte. Wir, die Unterzeichnenden, fordern, dass humanitäre Hilfe auf See geschützt und unterstützt wird und dass die deutsche Bundesregierung sich für die Erhaltung des humanitären Handlungsspielraums für Seenotrettung einsetzt.

Die Vereinten Nationen, das Auswärtige Amt und Menschenrechtsorganisationen belegen seit einem Jahrzehnt, dass Migrant*innen und Geflüchtete in Libyen willkürlicher Inhaftierung, systematischer

Folter, sexualisierter Gewalt und Zwangsarbeit ausgesetzt sind. Libyen hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert und verfügt über kein Asylsystem. Der Abschlussbericht der UN-Untersuchungsmmission von 2023 klassifiziert die Menschenrechtsverletzungen, denen Migrant*innen und Flüchtlinge in Libyen ausgesetzt sind als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Trotzdem werden die libysche Rettungsleitstelle und die sogenannte libysche Küstenwache durch EU-Projekte dabei unterstützt, Menschen auf See abzufangen und rechtswidrig nach Libyen zurückzubringen, wodurch das zentrale Nicht-Zurückweisungsgebot verletzt wird. Diese Unterstützung hält bereits seit 2017 an, wenngleich die sogenannte libysche Küstenwache seit 2016 für über 60 belegte gewalttätige Vorfälle gegen Menschen in Seenot und gegen Rettungsschiffe verantwortlich ist. Die Gewalt gegen humanitäre Hilfe seitens der sogenannten libyschen Küstenwache eskalierte im vergangenen August weiter, als das Rettungsschiff Ocean Viking 20 Minuten lang unter schwerem Beschuss stand.

Wir, die Unterzeichnenden, stellen damit erneut fest, dass Menschen, die aus Seenot gerettet werden, nicht nach Libyen zurückgebracht werden dürfen, weil das Land gemäß dem Seerecht kein sicherer Ort darstellt. Wir stehen dafür, dass Deutschland sich nicht an der Unterstützung sogenannter libyscher Seebehörden beteiligen darf.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung:

1. Die Bundesregierung muss sich für den Schutz der Seenotrettung und der humanitären Nothilfe auf See einsetzen. Seenotrettung darf nicht behindert werden. Insbesondere für die Sicherheit von Rettungsschiffen deutscher Seenotrettungsorganisationen und Schiffen unter deutscher Flagge im Mittelmeer muss sich die Bundesregierung aktiv einsetzen.
2. Auf europäischer und internationaler Ebene muss sich die Bundesregierung weiterhin für die Einhaltung des geltenden Seerechts und die rechtskonforme Rettung von Menschen aus Seenot im Mittelmeer einsetzen. Das schließt auch die Ausschiffung an einem sicheren Ort ein.
3. Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene für einen humanitären und an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilmechanismus von allen aus Seenot geretteten Menschen einsetzen. Auf dem Mittelmeer geretteten Menschen darf der Zugang zu einem fairen Asylverfahren nicht verwehrt werden.
4. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die deutsche Bundeswehr sich nicht an der Befähigung der sogenannten libyschen Küstenwache beteiligt, und sich auf EU-Ebene klar gegen die Unterstützung der sogenannten libyschen Rettungsleitstelle und Zusammenarbeit mit Milizen der sogenannten libyschen Küstenwache ausspricht.
5. Die Bundesregierung muss sich bei den EU-Mitgliedsstaaten dafür einsetzen, dass Seenotrettung im Mittelmeer nicht von potenzieller Strafverfolgung betroffen ist.
6. Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene für die Etablierung eines europäisch koordinierten, staatlich finanzierten Seenotrettungsprogramms einsetzen.
7. Wir fordern die Bundesregierung und die europäischen Regierungen dazu auf, sich für die unverzügliche Freilassung aller internierten Schutzsuchenden in Libyen einzusetzen sowie deren Evakuierung und die Aufnahme durch Resettlementprogramme zu unterstützen.

Nr.	Name	Vorname	Fraktion
1.	Emmerich	Marcel	Bündnis 90/Die Grünen
2.	Bünger	Clara	Die Linke
3.	Castellucci	Lars	SPD
4.	Polat	Filiz	Bündnis 90/Die Grünen
5.	Fey	Katrin	Die Linke
6.	Demir	Hakan	SPD
7.	Abdi	Sanae	SPD
8.	Achelwilm	Doris	Die Linke
9.	Agnes	Conrad	Die Linke
10.	Ahmetović	Adis	SPD
11.	Alhamwi	Alaa	Bündnis 90/Die Grünen
12.	Amtsberg	Luise	Bündnis 90/Die Grünen
13.	Asar	Ayşe	Bündnis 90/Die Grünen
14.	Banaszak	Felix	Bündnis 90/Die Grünen
15.	Bär	Karl	Bündnis 90/Die Grünen
16.	Bauer	Marcel	Die Linke
17.	Becker	Desiree	Die Linke
18.	Benner	Lukas	Bündnis 90/Die Grünen
19.	Bettermann	Daniel	SPD
20.	Bock	Violetta	Die Linke
21.	Bollmann	Hendrik	SPD
22.	Bosch	Jorrit	Die Linke
23.	Böttger	Janina	Die Linke
24.	Broßart	Victoria	Bündnis 90/Die Grünen
25.	Brückner	Maik	Die Linke
26.	Brugger	Agnieszka	Bündnis 90/Die Grünen
27.	Cademartori	Isabel	SPD
28.	Detzer	Sandra	Bündnis 90/Die Grünen
29.	Dieren	Jan	SPD
30.	Dröge	Katharina	Bündnis 90/Die Grünen
31.	Düring	Deborah	Bündnis 90/Die Grünen
32.	Dzienus	Timon	Bündnis 90/Die Grünen
33.	Eckert	Leon	Bündnis 90/Die Grünen
34.	Esdar	Wiebke	SPD
35.	Fahl	Fabian	Die Linke
36.	Gambir	Schahina	Bündnis 90/Die Grünen
37.	Gebel	Kathrin	Die Linke
38.	Glaser	Vinzenz	Die Linke
39.	Gohlke	Nicole	Die Linke
40.	Göring-Eckardt	Katrin	Bündnis 90/Die Grünen
41.	Görke	Christian	Die Linke
42.	Gösta Beutin	Lorenz	Die Linke
43.	Grau	Armin	Bündnis 90/Die Grünen
44.	Griese	Kerstin	SPD
45.	Gumnior	Lena	Bündnis 90/Die Grünen
46.	Gürpınar	Ates	Die Linke

47.	Haßelmann	Britta	Bündnis 90/Die Grünen
48.	Heinrich	Gabriela	SPD
49.	Helmut	Kleebank	SPD
50.	Hermeier	Mareike	Die Linke
51.	Heuberger	Moritz	Bündnis 90/Die Grünen
52.	Hofreiter	Anton	Bündnis 90/Die Grünen
53.	Hoß	Luke	Die Linke
54.	Joswig	Julian	Bündnis 90/Die Grünen
55.	Kaddor	Lamya	Bündnis 90/Die Grünen
56.	Kaminski	Maren	Die Linke
57.	Kappert-Gonther	Kirsten	Bündnis 90/Die Grünen
58.	Karahmetoğlu	Macit	SPD
59.	Kellner	Michael	Bündnis 90/Die Grünen
60.	Khan	Misbah	Bündnis 90/Die Grünen
61.	Klose	Annika	SPD
62.	Köktürk	Cansin	Die Linke
63.	Kopf	Chantal	Bündnis 90/Die Grünen
64.	Köstering	Jan	Die Linke
65.	Lang	Ricarda	Bündnis 90/Die Grünen
66.	Lay	Caren	Die Linke
67.	Lehmann	Sven	Bündnis 90/Die Grünen
68.	Limburg	Helge	Bündnis 90/Die Grünen
69.	Lindh	Helge	SPD
70.	Loop	Denise	Bündnis 90/Die Grünen
71.	Lübcke	Andrea	Bündnis 90/Die Grünen
72.	Lucks	Max	Bündnis 90/Die Grünen
73.	Lührmann	Anna	Bündnis 90/Die Grünen
74.	Mackensen-Geis	Isabel	SPD
75.	Mann	Holger	SPD
76.	Marvi	Parsa	SPD
77.	Mazzi	Tamara	Die Linke
78.	Meiser	Pascal	Die Linke
79.	Michaelson	Swantje	Bündnis 90/Die Grünen
80.	Michel	Kathrin	SPD
81.	Mihalic	Irene	Bündnis 90/Die Grünen
82.	Mijatović	Boris	Bündnis 90/Die Grünen
83.	Mirow	Sahra	Die Linke
84.	Nanni	Sara	Bündnis 90/Die Grünen
85.	Nasr	Rasha	SPD
86.	Neuhäuser	Charlotte	Die Linke
87.	von Notz	Konstantin	Bündnis 90/Die Grünen
88.	Nouripour	Omid	Bündnis 90/Die Grünen
89.	Otte	Karo	Bündnis 90/Die Grünen
90.	Paus	Lisa	Bündnis 90/Die Grünen
91.	Piechotta	Paula	Bündnis 90/Die Grünen
92.	Ramelow	Bodo	Die Linke
93.	Reichinnek	Heidi	Die Linke

94.	Reisner	Lea	Die Linke
95.	Roloff	Sebastian	SPD
96.	Roth	Claudia	Bündnis 90/Die Grünen
97.	Rüffer	Corinna	Bündnis 90/Die Grünen
98.	Schäfer	Jamila	Bündnis 90/Die Grünen
99.	Scheer	Nina	SPD
100.	Schliesing	David	Die Linke
101.	Schmid	Christoph	SPD
102.	Schmidt	Stefan	Bündnis 90/Die Grünen
103.	Schneider	Julia	Bündnis 90/Die Grünen
104.	Schönberger	Marlene	Bündnis 90/Die Grünen
105.	Schubert	Lisa	Die Linke
106.	Schulze	Svenja	SPD
107.	Schwerdtner	Ines	Die Linke
108.	Seitzl	Lina	SPD
109.	Slawik	Nyke	Bündnis 90/Die Grünen
110.	Stegner	Ralf	SPD
111.	Steinmüller	Hanna	Bündnis 90/Die Grünen
112.	Stüwe	Ruppert	SPD
113.	Tesfaiesus	Awet	Bündnis 90/Die Grünen
114.	Thoden	Ulrich	Die Linke
115.	Troff-Schaffarzyk	Anja	SPD
116.	Türk-Nachbaur	Derya	SPD
117.	Valent	Aaron	Die Linke
118.	Vandre	Isabelle	Die Linke
119.	Vollath	Sarah	Die Linke
120.	Vriesema	Mayra	Bündnis 90/Die Grünen
121.	Wagner	Johannes	Bündnis 90/Die Grünen
122.	Wagner	Sascha H.	Die Linke
123.	Wallstein	Maja	SPD
124.	Walter	Daniel	SPD
125.	Wegge	Carmen	SPD
126.	Willnat	Christin	Die Linke
127.	Winklmann	Tina	Bündnis 90/Die Grünen
128.	Zerr	Anne	Die Linke